

## Pressemitteilung

Wien, 28. September 2007

# Franz Fischler unterstützt Al Gores Forderung nach einem globalen Marshallplan gegen Klimawandel und Armut

Ein neuer Marshall Plan ist notwendig, um Armut und Klimawandel gleichzeitig zu bekämpfen, meinte Al Gore, ehemaliger Vizepräsident der USA, bei der Veranstaltung "Global Voices on Climate Change" am Rande der UN-Klimakonferenz in New York. „Wir sind jetzt mit einer globalen Krise konfrontiert, die uns mehr als deutlich vor Augen führt, dass die Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen eine Bedrohung für das Klima überall auf dem Planeten darstellt“, so Al Gore. Da man Armutsbekämpfung und die radikale Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen miteinander verknüpfen müsse, sprach sich Al Gore für einen Aktionsplan wie den Marshall Plan nach dem Muster des Marshall Planes nach dem Zweiten Weltkrieg aus.

„Die Forderungen Al Gores entsprechen ganz unserem Ansatz in der Global Marshall Plan Initiative“, meint Franz Fischler, Präsident des Ökosozialen Forums. „Wir werden nur dann eine Chance haben, Entwicklungsländer zu einer Reduktion der Treibhausgase zu bewegen, wenn wir ihnen im Gegenzug etwas anbieten. Die Welt kann es sich nicht leisten, dass diese Länder in ihrer Entwicklung dieselben Fehler machen, wie die Industrienationen in der Vergangenheit. Die moralische Verpflichtung einerseits und die Logik der Ökonomie andererseits erfordern vom Westen jetzt mutige Schritte. Wir müssen diesen Ländern helfen und gleichzeitig die eigenen Hausaufgaben im Klimaschutz angehen.“

Die Global Marshall Plan Initiative schlägt vor, zumindest 100 Mrd. USD jährlich zusätzlich aufzubringen, um einen globalen Marshall Plan zu finanzieren. Dieser Betrag ist nötig, um die Millenniums-Entwicklungsziele, wie die Halbierung der Armut bis 2015, zu erreichen. Dabei entspricht dieser Betrag nicht einmal einem Zehntel der jährlichen Rüstungsausgaben bzw. rund einem Viertel der Ausgaben, die im Stern-Report für die sofortige Bekämpfung des Klimawandels empfohlen wurden. Im Gegenzug zur vertraglichen Zusicherung dieser Gelder, sollen die Entwicklungsländer für die Umsetzung von sozialen und ökologischen Standards gewonnen werden. Finanziert werden kann der Global Marshall Plan u. a. mit einer Steuer auf Kerosin und Schifffahrtstreibstoff bzw. auf Finanztransaktionen.

Die Global Marshall Plan Initiative wird in Österreich mittlerweile von allen Bundesländern, von zahlreichen Institutionen, NGOs, Gemeinden und Einzelpersonen unterstützt.

[www.oesfo.at](http://www.oesfo.at)

[www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org)

### Rückfragehinweis:

Mag. Michael Proschek  
Ökosoziales Forum Europa  
Franz Josefs-Kai 13  
1010 Wien

Tel.: +43/1/5330797-33

E-mail: [proschek@oesfo.at](mailto:proschek@oesfo.at)